

Privates Ausbildungsinstitut für angehende Lehrpersonen?

Vorstösse in Basel-Stadt Nachdem Studierende der Pädagogischen Hochschule in Muttenz öffentlich auf Missstände hingewiesen haben, fordern Basler Politikerinnen Veränderungen.

Lea Buser

Studierende der Pädagogischen Hochschule (PH) der FHNW raten von einem Studium in Muttenz ab: Das zeigte sich Anfang Juli in einem offenen Brief an Politikerinnen und Politiker beider Basel, weitere Personen beschrieben dieser Redaktion diverse Missstände. Deutlich wurden diese auch in einer Umfrage von Studierenden, welche diese Woche publiziert wurde – und das Fass zum Überlaufen gebracht zu haben scheint.

Jetzt macht die Politik Druck – zumindest in Basel-Stadt –, gleich mehrere Grossrätinnen und Grossräte planen, Vorstösse einzureichen. So will Sandra Bothe (GLP) vom Regierungsrat wissen, ob ein privates Institut zur Ausbildung von Lehrpersonen auf Primarstufe in Basel eine Option wäre.

Die Idee dazu sei Bothe schon gekommen, als die FDP die Einführung einer Lehre für den Beruf als Lehrperson forderte. Doch die grosse Unzufriedenheit der PH-Studierenden, die sie im offenen Brief und in der Umfrage geäussert haben, sei ausschlaggebend für die Einreichung des Vorstosses gewesen, sagt Sandra Bothe.

In Bern funktioniert es bereits

In der Schweiz gebe es bereits renommierte private Hochschulinstitute, die eine praxisnahe Ausbildung für Lehrpersonen anbieten und gleichzeitig mit den Pädagogischen Hochschulen ihrer Kantone zusammenarbeiten würden. Als Beispiele nennt die Grossrätin die Unterstrass in Zürich oder die Berner NMS.

Seit 2023 ist das Institut NMS in Bern ein eigenständiges Hochschulinstitut. Denn das Hochschulförderungs- und



Die Studierenden der PH der FHNW sind unzufrieden mit ihrer Hochschule. Deshalb will Grossrätin Sandra Bothe (GLP, BS) vom Basler Regierungsrat wissen, ob ein privates Institut eine sinnvolle Ergänzung darstellen würde. Foto: Dominik Plüss

Koordinationsgesetz (HFKG) des Bundes ermöglicht «eine Akkreditierung als Hochschulinstitut auch für private und kleinere Institutionen». Der Kanton Bern beteiligt sich mit einem Pro-Kopf-Beitrag an der Finanzierung der NMS.

Sandra Bothes zentrale Frage an den Regierungsrat lautet daher: Ist ein solches Institut auch in Basel möglich? In Bern scheine es schliesslich zu funktionieren, so Bothe. Könnte sich Basel-Stadt dann auch mit

einem Pro-Kopf-Beitrag beteiligen? Klarheit will Bothe auch bezüglich der gesetzlichen Rahmenbedingungen für ein privates Institut sowie dessen finanzielle Auswirkungen.

Stärkere Praxisorientierung, effizienteres Einschreiben

Entweder könnte man eine solche Organisation neu gründen oder an ein bestehendes privates Bildungsinstitut in Basel angliedern, überlegt Bothe. «Ich will damit eine Diskussion an-

«Seit Jahren hört man, was in Muttenz schlecht ist. Dabei wollen wir, dass angehende Lehrpersonen hierbleiben.»

Sandra Bothe
Grossrätin GLP Basel-Stadt

stossen und kann mir vorstellen, dass daran Interesse besteht.»

In einem privaten, eher kleineren Institut wären eine stärkere Praxisorientierung sowie ein effizienteres Einschreibeverfahren möglich, sagt Bothe im Hinblick auf die Kritikpunkte der Studierenden. Damit könne man auch einen gewissen Wettbewerb fördern.

Denn wenn die PH der FHNW quasi eine Monopolstellung habe, bleibe den Studierenden keine andere Wahl, als in Mut-

tenz zu studieren oder abzuwandern – etwa nach Bern oder Luzern. «Seit Jahren hört man, was in Muttenz schlecht ist. Dabei wollen wir doch, dass die angehenden Lehrpersonen hierbleiben», sagt Bothe. Und wenn es bereits renommierte Institute gebe: «Warum sollte das für Basel nicht eine Möglichkeit sein?»

«Unser Ziel ist, Druck zu machen»

Einen weiteren Vorstoss reicht Grossrat Laurin Hoppler (Junges Grünes Bündnis) ein. Darin fordert er gezielte Unterstützungsmassnahmen für junge Lehrpersonen während des Studiums.

Von den Problemen an der PH habe er schon oft von Studierenden aus seinem Freundeskreis gehört. Dass er die Motion aber kurz nach der Publikation der Umfrage einreiche, sei zufällig. Sein Anliegen sei schon länger in Planung und spezifischer formuliert, auch wenn fehlende Unterstützung ein Teil des grossen Problems sei. Denn wenn sich junge Lehrkräfte überfordert fühlten, könne das langfristig zu einem vorzeitigen Berufsausstieg führen, so seine Argumentation.

Zehn Personen aus fast allen Parteien haben die Motion unterschrieben. Hoppler wollte das Anliegen möglichst breit abstützen. «Unser Ziel ist, als Junges Grünes Bündnis Druck zu machen», sagt Hoppler. So wolle auch Fina Girard einen Vorstoss einreichen, und jener von Anouk Feurer wurde bereits publiziert. Darin will Feurer unter anderem wissen, wie die Regierung mit den Missständen umgehen will.

Heute wird die PH der FHNW Stellung zu den Missständen nehmen. Diese Redaktion wird darüber berichten.